

Verankerung von Evaluation in der Politik

Ergebnisse einer Befragung der Arbeitskreise der DeGEval – Gesellschaft für Evaluation e.V.

Jan Wessels¹

1. Hintergrund

Seit Jahren finden innerhalb der DeGEval, z.B. auf den Jahrestagungen der Gesellschaft, intensive Diskussionen über die Wahrnehmung von Evaluation in einer breiteren Öffentlichkeit, über die Nutzung von Evaluationen durch Auftraggebende und über die Relevanz von Evaluationen für die politische Gestaltung in unterschiedlichen Politikfeldern statt. Dabei zeigt sich bisweilen eine gewisse Irritation der Evaluations-Community, welche Rolle ihre Profession eigentlich spielt bzw. spielen kann. Als symptomatisch können die Probleme rund um die Vergabe des Medienpreises der DeGEval gelten, der über Jahre hinweg auf ein nur geringes Interesse stieß, bis der Preis 2014 ganz eingestellt wurde. Gleichzeitig wurde auf den Jahrestagungen immer auch wieder die vielfältige Landschaft der Evaluationspraxis deutlich. In einem Sammelband (vgl. Böttcher et al. 2014) hatten die Arbeitskreise der DeGEval bereits 2014 die breite und heterogene Praxis der Evaluation in unterschiedlichen Politikfeldern in Österreich und Deutschland beschrieben, die durch unterschiedliche Auftraggebende und Evaluationseinrichtungen, durch spezifische rechtliche Vorgaben für und Funktionen von Evaluation geprägt ist.

Im Jahr 2017 feierte die DeGEval auf ihrer Jahrestagung ihr 20-jähriges Bestehen. In einer Keynote² ordnete Prof. Dr. Reinhard Stockmann von der Universität des Saarlandes, dort verantwortlich für den Masterstudiengang Evaluation, Nachfrage und Angebot in Deutschland ein und kam zu einem eher pessimistischen Fazit des Stands der politischen Institutionalisierung und gesellschaftlichen Verankerung von Evaluation in Deutschland. Auch wenn sich Evaluation als Instrument einer evidenzbasierten und reflexiven Politikgestaltung im Grundsatz etabliert habe, weise die Praxis noch viele Defizite auf. In einem weiteren Vortrag auf der Jahrestagung 2019 der DeGEval wiederum berichtete Prof. Stockmann zusammen mit Wolfgang

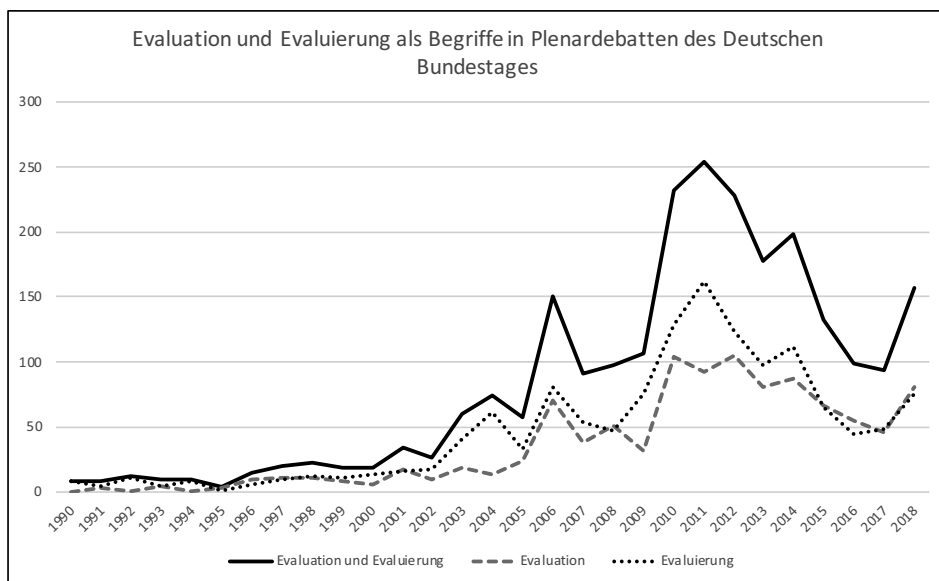
1 Institut für Innovation + Technik, Berlin

2 <https://www.degeval.org/veranstaltungen/jahrestagungen/mainz-2017/keynotes/> [03.06.2020]

Meyer und Lena Taube von einem laufenden Buchprojekt³ zur Institutionalisierung der Evaluation in Europa, welches auch eine Einordnung der strukturellen Verankerung von Evaluation auf der Ebene der Politik umfasse. Demnach gäbe es in Deutschland zwar keine nationalen Gesetze und Strategien zur Evaluierung, gleichwohl aber nationale Richtlinien. Auch gebe es auf der Politikebene unabhängige und abhängige nationale Einheiten zum Thema Evaluation sowie eine hohe Nutzung von Evaluation durch die Politik.

Eine Auswertung der deutschen Parlamentsdebatten auf Grundlage eines Datenbanktools der Zeitung ‚Die Zeit‘⁴ zeigt, dass das Thema Evaluation/Evaluierung in den letzten 20 Jahren immer öfter Thema des Deutschen Bundestages gewesen ist, mit einem Spitzenwert im Jahr 2011. Für 2019 lagen nur Daten bis Ende Juli vor, die einen erneuten Anstieg zum Vorjahr erwarten lassen.

Abbildung 1: Evaluation als Begriff in Plenardebatten des Deutschen Bundestages



Anmerkungen: Anzahl pro 100.000 Wörter

Quelle: DIE ZEIT online

Und als ein weiteres Zeichen dafür, dass Evaluation noch nicht hinreichend in Politik und Gesellschaft verankert ist, kann möglicherweise auch die Tatsache gewertet werden, dass der bis heute in Deutschland einzige Masterstudiengang Evaluation an der Universität des Saarlandes nach 16 Jahren zum April 2021 eingestellt wird.

3 https://www.degeval.org/fileadmin/jahrestagung/Bonn_2019/Dokumentation/Session_D/D2_Wie_kann_Evaluation_in_Deutschland_nachhaltig_er_institutionalisiert_werden.pdf [03.06.2020]

4 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-09/bundestag-jubilaum-70-jahre-parlament-redenwoerter-sprache-wandel#s=evaluation%2Cevaluierung> [03.06.2020]

Ein skeptisches Fazit zog auch der Vorstand der DeGEval in seinem Positionspapier⁵ anlässlich des 20-jährigen Jubiläums:

*„In der Politik zeigt sich in den vergangenen Jahren eine stetige Zunahme der **Verwendung des Evaluationsbegriffs**, beispielsweise in der parlamentarischen Arbeit. Dieser Zuwachs verbleibt bisher allerdings vorwiegend im Nominellen, da eine gewachsene Nachfrage nach Evaluationen etwa aus den Parlamenten bisher kaum zu verzeichnen ist. Für die Evaluation in der Politik ist also nach wie vor ein Umsetzungsdefizit zu konstatieren. Gleiches gilt für die Verwaltung. Auch wenn in der Bundeshaushaltsordnung festgeschrieben ist, dass Zielerreichungs-, Wirkungs- und Wirtschaftlichkeitskontrollen durchzuführen sind, wird dies keineswegs **flächendeckend und kontinuierlich** umgesetzt. Es mangelt an einer systematischen Vorbereitung, an der Definition messbarer Ziele, an Ressourcen und Kompetenzen zur Durchführung von Effektivitäts- und Effizienz-betrachtungen. Der Bundesrechnungshof weist in seinen jährlichen Gutachten regelmäßig auf dieses Manko hin. Auch die Politik ist also dazu aufgefordert, Evaluation stärker als bisher **im politischen Prozess** zu nutzen. Insbesondere kann Evaluation hier im Zuge der parlamentarischen Kontrolle zur Überprüfung von Maßnahmen hinsichtlich ihrer Umsetzung und Wirkungen dienen. Durch ihre explizite Bewertungsperspektive ist sie nur beschreibend angelegten Steuerungsinstrumenten wie Auditing und Monitoring hierbei überlegen.“*

Dieser Wahrnehmung gegenüber stehen durchaus gegenläufige Trends, die in Richtung einer stärkeren Verankerung von Evaluation in Politik und Gesellschaft deuten. In den Arbeitskreisen der DeGEval gibt es zum Teil intensive Diskussionen um eine Stärkung evidenzbasierter Politikgestaltung, z.B. im Bereich regulativer Politiken⁶ oder wirtschaftspolitischer Maßnahmen⁷. Auch sind Institutionalisierungstendenzen wahrzunehmen, z.B. durch die Einrichtung des DEval – Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit als zentralem Akteur der Evaluation in der Entwicklungszusammenarbeit, durch den Aufbau von Evaluationseinrichtungen in den Organisationen auf Auftraggebendenseite (z.B. in Bundesministerium für Wirtschaft und Energie – BMWi und Bundesministerium für Bildung und Forschung – BMBF), durch Spending Reviews des deutschen Bundesfinanzministeriums – BMF⁸ oder die wirkungsorientierte Haushaltsführung in Österreich⁹.

5 <https://www.degeval.org/publikationen/positionspapiere/> [03.06.2020]

6 <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2019/heft/2/beitrag/verstehen-entwickeln-testen-verbessern-rahmenbedingungen-fuer-evidenzbasierte-politik.html> [03.06.2020]

7 <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2019/20191028-wissenschaftliche-beirat-beim-bundesministerium-fuer-wirtschaft-und-energie-veroeffentlicht-brief.html> [03.06.2020]

8 https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finzen/Bundeshaushalt/Spending_Reviews/spending-reviews_2017.html [03.06.2020]

9 https://www.degeval.org/images/stories/Wirkungsorientierung_und_Evaluierung_Pichler_v1_3.pdf [03.06.2020]

2. Auftrag und Konzeption der Datenerhebung

Vor dem Hintergrund dieser Diskussion ist auch der Auftrag des Vorstands der DeGEval an eine neu eingerichtete Ad-hoc-Arbeitsgruppe¹⁰ zu sehen, der anlässlich des Treffens des Vorstands mit den Sprecherinnen und Sprechern der Arbeitskreise am 15./16.03.2018 formuliert wurde:

„Langfristiges Ziel sind Empfehlungen an die DeGEval, wie die Verankerung von Evaluation in der Politik verbessert werden kann. Ziel der Ad-hoc-Gruppe ist es, dafür den ersten Schritt zu gehen und festzustellen, in welcher Art die DeGEval den aktuellen Zustand der Verankerung von Evaluation in der Politik erheben kann, falls dies durch die Gruppe überhaupt als realistisch gesehen wird (Machbarkeitskonzept).“

Die Ad-hoc-Arbeitsgruppe kam nach einer ersten Diskussion dieses Auftrags zu dem Schluss, dass der Status quo der Verankerung in den Politikfeldern am besten über eine Abfrage bei den Arbeitskreissprecherinnen und -sprechern zu erheben wäre. Diese Abfrage wurde im Winter 2018/19 durch einen Fragebogen an alle Verantwortlichen der thematischen Arbeitskreise der DeGEval umgesetzt. Nicht adressiert wurden die Querschnittsarbeitskreise, um insgesamt so eng wie möglich an klar umrissenen Politikfeldern mit politischen Zuständigkeiten bei Fachministerien etc. zu bleiben. Als Ergebnis lagen Rückmeldungen von allen 13 thematischen Arbeitskreisen vor. Insgesamt konnten 17 Fragebögen ausgewertet werden, da für vier Arbeitskreise jeweils getrennte Antworten aus Deutschland und Österreich retourniert wurden und ein Arbeitskreis einen Fragebogen für beide Länder zurückmelde-

¹⁰ An dieser Stelle möchte ich allen Mitwirkenden der Ad-hoc-Arbeitsgruppe noch einmal ganz herzlich für ihre Mitarbeit danken, ohne die die eigentliche Befragung, die Grundlage dieses Beitrags ist, nicht hätte umgesetzt werden können.

Tabelle 1: Übersicht Rückmeldungen aus den Arbeitskreisen der DeGEval

	Rückmeldung aus Deutschland	Rückmeldung aus Österreich	Gemeinsame Rückmeldung für Deutschland und Österreich
AK Berufliche Bildung	x		
AK Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (Epol-HuHi)	x		
AK Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik	x	x	
AK Gesundheitswesen	x	x	
AK Kultur und Kulturpolitik	x	x	
AK Schulen	x		
AK Soziale Dienstleistungen			x
AK Stadt- und Regionalentwicklung	x		
AK Strukturpolitik	x		
AK Umwelt	x		
AK Verwaltung	x		
AK Wirtschaft	x		
AK Hochschule	x	x	

Erste Ergebnisse der Befragung wurden auf dem Treffen von Vorstand und Arbeitskreissprecherinnen und -sprechern am 21./22.03.2019 vorgestellt und schließlich auf der Mitgliederversammlung der DeGEval am 11.09.2019 anlässlich der Jahrestagung 2019 präsentiert.

3. Herausforderungen der Abfrage bei den Sprecherinnen und Sprechern der Arbeitskreise

Eine Interpretation der nachfolgend präsentierten Daten muss unter der Prämisse erfolgen, dass sich die Befragten nur teilweise in der Lage sahen, Antworten zu geben, weil nicht genügend Kenntnisse über das Feld bestehen. Die Fragedimensionen stellten die meisten Sprecherinnen und Sprecher vor eine erhebliche Herausforderung, da die jeweiligen Politikfelder zum Teil durch eine große Komplexität und Heterogenität gekennzeichnet sind und die meisten Sprecherinnen und Sprecher nach eigener Wahrnehmung nur einen unzureichenden Überblick über die Evaluationspraxis bzw. die Nutzung von Evaluationen auf Seiten der Beauftragenden hatten. Dies liegt auch in den spezifischen Akteurskonstellationen in den Teams begründet, in denen meist Evaluationseinrichtungen, nicht aber Auftraggebende vertreten sind. Die nachfolgenden Rückmeldungen verdeutlichen dies:

- „Wir (...) ‚kapitulieren‘ vor der Aufgabe, einen Überblick zu geben, weil wir das Handlungsfeld XY als zu umfangreich, aber auch zu heterogen ansehen, um es in wenigen Sätzen zusammen zu fassen.“
- „Ist uns ein wenig schwergefallen, einzelne Fragen zu beantworten, weil wir ein sehr heterogener Arbeitskreis sind.“
- „...[es handelt sich um] subjektive Erfahrungswerte, dementsprechend sind sie leider nicht stellvertretend für alle Mitglieder des Arbeitskreises. Die Aktivitäten des Arbeitskreises sind recht unübersichtlich. Über laufende Evaluationsprojekte und deren politischer Verankerung wissen wir wenig.“
- „... [ist festzustellen,] dass es ein homogenes Praxisfeld/Politikfeld ‚XY‘ nicht gibt. Man muss eher von einem Cluster von Praxisfeldern ausgehen.“
- „... weil ich nicht der Meinung bin, dass ich einen wirklichen Überblick über das extrem breite und heterogene Feld ‚XY‘ habe.“
- „Für die weitere Bearbeitung sollten wir noch Ressort X und Y hinzuziehen und auch auf mehr Trennschärfe zwischen Thema A und B achten.“

4. Empirische Ergebnisse

Der Fragebogen umfasste offene wie geschlossene Fragen. Die nachfolgende Auswertung konzentriert sich insbesondere auf die Darstellung der Antworten auf die geschlossenen Fragen, Freitextantworten wurden exemplarisch ergänzt. Für eine Reihe von Fragen fiel es den Antwortenden zum Teil schwer, eine eindeutige Antwort zu geben, z.B. weil die Informationslage hierzu nicht ausreichte, es keine einheitliche Regelung gibt oder die Datenlage nicht eindeutig ist. Vereinfachend sind diese Antworten unter „keine Angaben“ (k.A.) zusammengefasst, auch wenn es hierzu differenziertere Rückmeldungen gab, die im Rahmen dieser kurzen Darstellungen nicht wiedergegeben werden können.

4.1 Formale Regelungen

Gefragt wurde nach drei Dimensionen einer formalen Regelung, nämlich der gesetzlichen Verankerung, dem Vorhandensein interner Regelungen in Ministerien sowie formaler Regelungen, die mit dem Beschluss der entsprechenden Intervention verbunden sind (z.B. über einen entsprechenden parlamentarischen Beschluss einer Evaluierungspflicht).¹¹

Die Mehrheit der Arbeitskreise ging von einer entsprechenden gesetzlichen Regelung aus. Dies trifft auf Rückmeldungen aus Deutschland wie Österreich zu. Zum Teil wurde auf politikfeldübergreifende Regulierungen (z.B. Bundeshaushaltsordnung (BHO), Beihilferegelung) verwiesen, die zumindest auf Bundesebene übergrei-

¹¹ Die Antworten beziehen sich darauf, ob es (überhaupt) formale Regelungen innerhalb des Politikfelds gibt. Sie geben keine Auskunft darüber, über welche Teile sich die Regelungen erstrecken. Entsprechende Einschränkungen aufgrund der hohen Aggregation gelten auch für die weiteren Fragen und Tabellen.

fend wirken sollen. Auch scheint es bei einer Mehrheit der zuständigen Auftraggebenden entsprechende interne Regelungen (z.B. ergänzende Geschäftsordnungen EGO) zu geben. Die Verpflichtung zur Evaluation mit Beschluss z.B. über die Einrichtung eines Förderprogramms kommt (insb. bei größeren Maßnahmen) seltener vor.

Für eine systematische Darstellung der gesetzlichen Regelungen und internen Vorgaben erwies sich die Abfrage als zu unscharf, hier wäre eine engere Einbeziehung der Auftraggebendenseite und eine (im Rahmen der Ad-hoc-Gruppe nicht leistbare) Aufarbeitung der vorhandenen Sekundärliteratur vermutlich hilfreich gewesen.

Tabelle 2: Formale Regelungen

	Gibt es formale Regelungen zur Evaluation?			
	gesetzliche Verankerungen	in internen Regelungen der Ministerien	mit Beschluss über Förderung verbunden	Existenz formaler Regelungen gesamt
AK Wirtschaft	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
AK Kultur AT	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
AK Soz. Dienstleist. D AT	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
AK Kultur D	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
AK Strukturpolitik	x			
AK Hochschule D	x			
AK Hochschule AT	x			
AK FTI D	x	x		
AK FTI AT	x	x		
AK Berufliche Bildung	x	x		
AK Epol-HuHi D	x	x	x	
AK Stadt- und Regionalentwicklung D	x	x	x	
AK Gesundheit D	x	x	x	
AK Gesundheit AT	x	x	x	
AK Schulen	x	x	x	
AK Umwelt	x	x	x	
AK Verwaltung	x	x	x	

In einem weiteren Differenzierungsschritt wurde nach unterschiedlichen Dimensionen verpflichtender Vorgaben gefragt, z.B. nach methodischen oder zeitlichen Vorgaben sowie spezifischen Berichts- und Veröffentlichungspflichten.

Grundsätzlich gehen fast alle Arbeitskreise von einer übergreifenden Pflicht zur Evaluation aus, allerdings gibt es verschiedene Varianten der Regelungsdichte. Während in manchen Politikfeldern methodische Vorgaben gemacht werden, ist in anderen Politikfeldern eher die Veröffentlichung von Evaluationsberichten oder aber die zeitliche Abfolge (z.B. Evaluation spätestens alle 5 Jahre) verpflichtend geregelt. Am höchsten scheint die Regelungsdichte in den Politikfeldern Schulen und Entwicklungspolitik zu sein.

Tabelle 3: Spezifische Aspekte formaler Regelungen

	Welche Aspekte sind von formalen Regelungen betroffen?					
	Evaluationspflicht allgemein	methodische Vorgaben	zeitliche Vorgaben	Berichtspflichten	Veröffentlichungspflichten	Konkretisierung der formalen Regelung gesamt
AK Kultur AT	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
AK Soz. Dienstleist. D AT	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
AK Kultur D	x					
AK Wirtschaft				x		
AK Berufliche Bildung	x				x	
AK Umwelt	x	x				
AK FTI D			x	x	x	
AK FTI AT	x		x		x	
AK Gesundheit D	x	x		x		
AK Gesundheit AT	x	x		x		
AK Hochschule D	x		x	x		
AK Hochschule AT	x		x	x	x	
AK Strukturpolitik	x		x	x	x	
AK Verwaltung	x		x	x	x	
AK Stadt- und Regionalentwicklung D	x		x	x	x	
AK Schulen	x	x	x	x	x	
AK Epol-HuHi D	x	x	x	x	x	

4.2 Institutionelle Verankerung

Interessante Rückmeldungen erbrachte die Frage nach einer institutionellen Verankerung des Themas innerhalb der Institutionen der Auftraggebenden. Am weitesten verbreitet sind organisationale Einheiten mit Querschnittsfunktion, gefolgt von entsprechenden Zuständigkeiten in den Fachabteilungen/Referaten sowie in geringerem Maße in externen Einrichtungen wie z.B. dem DEval. Nicht selten scheint es mehrfache institutionelle Verankerungen innerhalb eines Themenfelds zu geben, also z.B. in Querschnittsabteilungen, Fachreferaten und externen Einrichtungen. Allerdings wurden im Rahmen der Abfrage keine spezifischeren Informationen z.B. zur Interaktion der verschiedenen Akteurinnen und Akteure, der spezifischen Rollen, Aufgaben und Befugnisse sowie zum jeweiligen Selbstverständnis generiert. Für ein besseres Verständnis der Verankerung wäre dies vermutlich zentral. Auch wäre es interessant zu erfahren, in welchem typischen Pfad diese Verankerungen entstanden sind. Entsprechende Informationen wären vermutlich eher im Rahmen von Fallstudien in Zusammenarbeit mit den Ressorts zu ermitteln.

Tabelle 4: Institutionelle Verankerungen

	Gibt es in den zuständigen Fachministerien des Politikfeldes eine institutionelle Verankerung ?			
	als Querschnittseinheit	als verantwortliche in den Fachabteilungen/Referaten	als externe Einrichtungen	Institutionelle Verankerung gesamt
AK Kultur AT	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
AK Soziale Dienstleistungen D AT	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
AK Berufliche Bildung		x		
AK Gesundheit D			x	
AK Stadt- und Regionalentwicklung D			x	
AK Hochschule D			x	
AK Gesundheit AT		x		
AK Kultur D	x			
AK Wirtschaft	x			
AK FTI D	x			
AK FTI AT	x	x		
AK Strukturpolitik	x	x		
AK Schulen	x	x	x	
AK Hochschule AT	x	x	x	
AK Epol-HuHi D	x	x	x	
AK Umwelt	x	x	x	
AK Verwaltung	x	x	x	

4.3 Charakterisierung der Evaluationstypen

Eine besondere Herausforderung stellte für die Befragten eine Charakterisierung der durchgeführten Evaluationen entlang unterschiedlicher Dimensionen dar. Insgesamt gab es zu diesem Frageblock wenige Rückmeldungen, weil die Charakterisierung schwer durch die Sprecherinnen und Sprecher einzuschätzen war. In den meisten Politikfeldern gibt es kaum systematische Dokumentationen oder Repositorien von Evaluationsberichten. Es wurde nach dem Verhältnis von internen bzw. externen Evaluationen gefragt. In einzelnen Politikfeldern scheinen extern vergebene Evaluationen zu überwiegen, z. T. auch in Abhängigkeit von der Größe der untersuchten Maßnahmen. Es gibt allerdings auch Politikfelder wie z.B. ‚Schulen‘, in denen interne Evaluationen häufiger als externe Evaluationen umgesetzt werden. In Hinblick auf die Aussage zur Unterscheidung zwischen begleitenden bzw. Ex-post-Evaluationen war eine Einschätzung ebenfalls sehr herausfordernd. Soweit Rückmeldungen vorlagen, scheint die Variationsbreite groß zu sein. In einigen Politikfeldern werden tendenziell begleitende und Ex-post-Elemente im Rahmen einer Evaluation zusammen umgesetzt, in anderen überwiegen entweder Ex-post- oder begleitende Evaluationen. Außer im Politikfeld ‚Gesundheit‘ und in Teilbereichen des Politikfelds ‚Stadt- und Regionalentwicklung‘ kommen Ex-ante-Evaluationen selten bis nie vor.

4.4 Verständnis und Einstellung

In Bezug auf ein einheitliches Verständnis und die generelle Einstellung der Entscheidungsträgerinnen und -träger gegenüber Evaluationen zeigt sich ein eher uneinheitliches Bild. Nach Einschätzung der Sprecherinnen und Sprecher kann von einem gemeinsamen Verständnis von Evaluationen in den meisten Politikfeldern nicht ausgegangen werden. Ein interessanter Befund ist auch, dass nur in drei Politikfeldern von einer tendenziell eher wohlwollenden generellen Einstellung gegenüber Evaluation ausgegangen wird. Zumeist ist die Einstellung sehr unterschiedlich.

Tabelle 5: Einheitliches Verständnis und generelle Einstellung

	Gibt es ein einheitliches Verständnis von Evaluation im Politikfeld?		Wie ist die generelle Einstellung der relevanten Entscheidungsträgerinnen und -träger im Politikfeld gegenüber Evaluationen?			Positives Verständnis und wohlwollende Einstellung insgesamt
	eher ja	<i>eher nein</i>	eher wohlwollend	<i>eher miss-träulich</i>	sehr unterschiedlich	
AK Kultur AT		x		x		
AK Stadt- und Regionalentwicklung D		x		x		
AK Gesundheit AT		x		x	x	
AK Gesundheit D		x		x	x	
AK Umwelt		x			x	
AK Berufliche Bildung		x			x	
AK Kultur D		x			x	
AK Soziale Dienstleistungen D AT		x			x	
AK Verwaltung		x			x	
AK Strukturpolitik	x	x			x	
AK Schulen	x				x	
AK Wirtschaft		x	x			
AK FTI D	x				x	
AK FTI AT	x				x	
AK Hochschule D	x				x	
AK Hochschule AT	x		x			
AK Epol-HuHi D	x		x			

4.5 Nutzung

Ein systematisches Monitoring der Umsetzung von Evaluationsempfehlungen wird aus vier Arbeitskreisen zurückgemeldet, ein solches Monitoring in Einzelfällen von weiteren fünf Arbeitskreisen. Damit scheint die Nachverfolgung der Umsetzung von Evaluationsempfehlungen in der Mehrheit der untersuchten Politikfelder im Grundsatz praktiziert zu werden. Berichtet werden dabei sehr unterschiedliche Praktiken, z.B. die Bezugnahme von Evaluationen auf die Umsetzung der Empfehlungen vorausgegangener Evaluationen, das Monitoring durch die ausführenden Agenturen der Intervention (Förderagenturen), eine Verpflichtung zur Dokumentation der Umsetzung im Rahmen eines Berichtswesens oder auch Untersuchungen durch Rechnungshöfe.

Tabelle 6: Monitoring

	Gibt es Prozesse zum Monitoring der Umsetzung von Empfehlungen aus Evaluationen?		
	systematisch angelegt	in Einzelfällen	nicht bekannt
AK Berufliche Bildung	k.A.	k.A.	k.A.
AK Kultur D	k.A.	k.A.	k.A.
AK Kultur AT			x
AK Umwelt			x
AK Stadt- und Regionalentwicklung D			x
AK Verwaltung			x
AK FTI D		x	
AK FTI AT		x	
AK Gesundheit D		x	
AK Gesundheit AT		x	
AK Schulen		x	
AK Hochschule AT		x	
AK Epol-HuHi D	x	x	
AK Hochschule D	x		
AK Soziale Dienstleistungen D AT	x		
AK Strukturpolitik	x		
AK Wirtschaft	x		

Eine parlamentarische Nutzung von Evaluationsergebnissen scheint es nach Auswertung der Rückmeldungen der Arbeitskreise nur selten zu geben, ausgeschlossen wird dies aber nicht. Allerdings dürfte die Intensität der parlamentarischen Nutzung von Evaluationen erheblich von der typischen Akteursstruktur innerhalb eines Evaluationsfeldes bestimmt sein. Themenfelder, die stark durch bundespolitische Akteurinnen und Akteure (z.B. Bundesministerien als Auftraggebende) geprägt sind, dürften tendenziell eher im Parlament behandelt werden als Themenfelder, die vor allem auf regionaler oder lokaler Ebene verortet sind.

Tabelle 7: Parlamentarische Nutzung

	Werden Evaluationen in der parlamentarischen Arbeit regelmäßig genutzt , z.B. in Ausschüssen?			
	regelmäßig	manchmal	selten	nie
AK Berufliche Bildung	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
AK Wirtschaft	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
AK Kultur AT			x	x
AK FTI D			x	
AK FTI AT			x	
AK Stadt- und Regionalentwicklung D			x	
AK Umwelt			x	
AK Strukturpolitik			x	
AK Schulen			x	
AK Verwaltung			x	
AK Hochschule D			x	
AK Hochschule AT			x	
AK Gesundheit D		x		
AK Soziale Dienstleistungen D AT		x		
AK Kultur D	x	x		
AK Gesundheit AT	x			
AK Epol-HuHi D	x			

4.6 Mediale Resonanz

Deutlich seltener wird aus den Arbeitskreisen über eine mediale Resonanz auf Evaluationen berichtet, wobei fünf der 15 Rückmeldungen hierzu innerhalb der vorgegebenen Antwortkategorien keine Auskunft geben konnten. Die Information zu Medienberichterstattung scheint also nicht systematisch vorzuliegen, zudem wird nach Einschätzung der Sprecherinnen und Sprecher in der Regel nur bei negativen Evaluationsergebnissen berichtet.

Tabelle 8: Mediale Resonanz

	Gibt es eine mediale Resonanz auf Evaluationen und wo findet diese statt?		
	eher häufig	nur bei negativen Ergebnissen	nie
AK Schulen	k.A.	k.A.	k.A.
AK Epol-HuHi D	k.A.	k.A.	k.A.
AK Berufliche Bildung	k.A.	k.A.	k.A.
AK Gesundheit AT	k.A.	k.A.	k.A.
AK Strukturpolitik	k.A.	k.A.	k.A.
AK Kultur D			x
AK Kultur AT			x
AK Stadt- und Regionalentwicklung D			x
AK Wirtschaft			x
AK FTI D			x
AK Hochschule D			x
AK Hochschule AT			x
AK Umwelt		x	x
AK Gesundheit D		x	
AK Soziale Dienstleistungen D AT		x	
AK FTI AT		x	
AK Verwaltung		x	

5. Fazit

Die Befragung der Arbeitskreissprecherinnen und -sprecher hat erste Einblicke in die heterogene Praxis der Evaluation in Deutschland und Österreich in den verschiedenen Politikfeldern der DeGEval gegeben. Dabei scheint sich einerseits die Annahme zu bestätigen, dass eine systematische Nutzung von Evaluationen eher gering ausgeprägt ist. Gleichzeitig scheint eine institutionalisierte Verankerung und formale Regulierung bereits weiter fortgeschritten zu sein. Allerdings sind diese ersten Befunde mit Zurückhaltung zu interpretieren, beruhen sie doch, wie eingangs beschrieben, auf einer sehr vorsichtigen und mit großen Einschränkungen verbundenen Selbstauskunft der Arbeitskreissprecherinnen und -sprecher. Zudem zeigten sich auch methodische Schwierigkeiten, da die Heterogenität einiger Arbeitskreise mit einem einheitlichen Fragebogen pro Arbeitskreis nicht abgebildet werden konnte und sich eine Reihe von Antwortkategorien als zu wenig differenziert herausstellte.

In der ersten Diskussion der Ergebnisse durch Vorstand und Arbeitskreise wurde daher wiederholt darauf verwiesen, dass diese ersten Erkenntnisse nur der Ausgangspunkt für eine intensivere Befassung mit der Verankerung von Evaluationen im jeweiligen Politikfeld und mit Arbeitskreisen sein können. Möglicherweise bilden die wenngleich auch beschränkten Vergleichsmöglichkeiten zwischen den Politikfeldern den Ausgangspunkt für eine Diskussion, wo noch Veränderungsbedarf besteht. Dabei könnten auch Aspekte berücksichtigt werden, die in der hier vorgestellten Analyse keine Rolle spielten, z.B. eine Differenzierung innerhalb der Politikfelder oder die systematische Erfassung von Evaluationen im Rahmen von Repositorien.

Die Schwierigkeit der Evaluatorinnen und Evaluatoren bei der Einschätzung der Nutzung von Evaluationsergebnissen und die eher kritischen Ergebnisse zu dieser Frage könnten darüber hinaus nahelegen, dass insbesondere die Auftraggebenden bei einer zukünftigen erweiterten Erhebung des Status quo und vor allem bei der Diskussion möglicher Konsequenzen eine wichtigere Rolle spielen sollten. Zwar haben einige der befragten Arbeitskreise die Möglichkeit gehabt, die Perspektive der Auftraggebenden bereits in dieser Befragung einfließen zu lassen, das gilt allerdings nicht für alle Arbeitskreise gleichermaßen. Damit würde möglicherweise auch der Ausgangspunkt der Untersuchung, nämlich die Frage des Vorstands der DeGEval nach Handlungsbedarfen für eine stärkere Verankerung von Evaluationen in der Politik, besser aufgegriffen werden können.

6. Literatur

Böttcher, Wolfgang/Kerlen, Christiane/Maats, Peter/Schwab, Oliver/Sheikh, Sonja (Hg.) (2014): Evaluation in Deutschland und Österreich. Stand und Entwicklungsperspektiven in den Arbeitsfeldern der DeGEval – Gesellschaft für Evaluation. Verfügbar unter: https://www.degeval.org/fileadmin/Publikationen/Sammelband/1_Einleitung_Boettcher.pdf [03.06.2020].